

DER SYRISCHE BÜRGERKRIEG: ZWISCHEN ESKALATION UND INTERVENTION

Die Chancen auf eine vermittelte Regulierung des Bürgerkriegs in Syrien sind geringer denn je. Mit einer weiteren Eskalation der Gewalt ist zu rechnen, wobei nicht alle Szenarien einen lang andauernden Abnutzungskrieg erwarten lassen. Eine westliche Militärintervention zeichnet sich angesichts der Spaltung der UNO und der hohen Risiken eines solchen Einsatzes vorderhand nicht ab. Der Syrienkonflikt wird dabei immer mehr zu einem regionalen Stellvertreterkrieg, dessen Ausgang weitreichende Folgen für die Machtverhältnisse in Nahost haben wird.



Kriegsversehrte Strasse in Aleppo, 3. Oktober 2012

REUTERS/Sana

Das Phänomen des «arabischen Erwachens» griff erst mit Verzögerung auf Syrien über, obgleich die politische, wirtschaftliche und demographische Ausgangslage dort der Situation in anderen arabischen Republiken wie Tunesien, Ägypten oder Libyen ähnelte. Das anfängliche Ausbleiben einer syrischen Protestbewegung wurde dabei mit der Popularität des Präsidenten Baschar al-Asad begründet. Im vorangegangenen Jahrzehnt hatte sich dieser als Reformers inszeniert, wenngleich der kurzlebige Damaszener Frühling nach 2000 nur Episode blieb. Asad setzte sich im Vergleich zu anderen arabischen Potentaten durch seine Jugend ab, aber auch durch seine konsequent gegen Israel wie die USA gerichtete Aussenpolitik und die von ihm geförderte Anbindung Syriens an die sogenannte «Widerstandsfront» mit Iran, der libanesischen Hizbollah und der palästinensischen Hamas.

Ab März 2011 mehrten sich aber auch in Syrien Anzeichen für politische Unruhe. Ausgehend von wirtschaftlich vernachlässigten ländlichen Gebieten entwickelte sich bald eine landesweite Oppositionsbewegung gegen die autoritäre Herrschaft Asads und der Baath-Partei. Die Zentralgewalt reagierte auf die friedlichen Protestaktionen und Demonstrationen in erster Linie mit verschärfter Repression und zunehmender Gewaltanwendung, begleitet von halbherzigen Reformversprechen. In der Folge setzten auch Teile der Opposition auf gewaltsamen Widerstand.

Im Sommer 2011 bildete sich mit der Freien Syrischen Armee (FSA) eine Dachorganisation der anfangs eher lokal orientierten Widerstandsgruppen und Nachbarschaftsmilizen. Gegründet von Überläufern der regulären syrischen Armee, trug die FSA zur besseren Koordinierung des Wider-

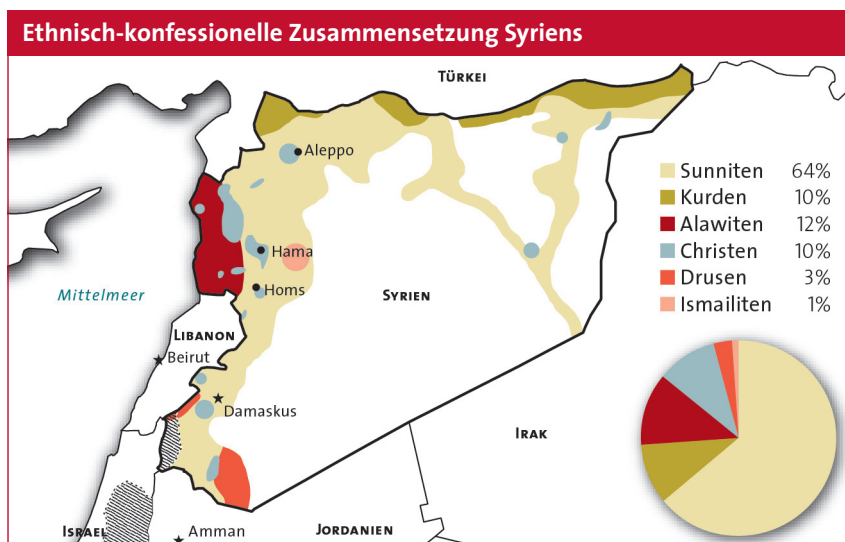
stands und zur Professionalisierung der militärischen Vorgehensweise bei. War der Konflikt zunächst durch ein unregelmässiges Aufflackern von Protesten und Widerstand sowie durch einen jeweils nur übergangsweisen Machtverlust der Regierungsgewalt geprägt, so wandelte er sich allmählich zu einem Kampf um die dauerhafte Kontrolle syrischen Territoriums.

Inzwischen kontrolliert der militärische Widerstand grosse Teile der ländlichen Regionen sowie die meisten kleineren Städte im Norden und Nordwesten Syriens. Auch in anderen Landesteilen und in der Hauptstadt Damaskus kommt es vermehrt zu militärischen Auseinandersetzungen. Die Zwischenbilanz des Bürgerkriegs ist dabei verheerend: Die UNO schätzt, dass bis Oktober 2012 um die 30'000 Menschen starben. Nahezu 400'000 Syrer sind in die Nachbarländer geflohen, dazu kommen 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge.

Der Konflikt in Syrien ist damit zur bisher mit Abstand verlustreichsten Auseinandersetzung im Rahmen der arabischen Revolten und Revolutionen der vergangenen zwei Jahre geworden. Sowohl das Kalkül der Konfliktparteien als auch die Interessendivergenzen der Grossmächte und die zunehmende Einflussnahme durch regionale Akteure lassen dabei eine weitere Eskalation der Lage befürchten.

Verhärtete Fronten

Kennzeichnend für den sich verfestigenden Bürgerkrieg ist die Überzeugung auf beiden Seiten, zumindest mittelfristig die Oberhand zu gewinnen. Zwar ist es der Führungsclique um Präsident Asad nicht ge-



zuspitzenden konfessionellen Gegensätze allerdings zunehmend schwieriger wird.

Aus Sicht der Aufständischen besteht gegenwärtig ebenfalls kaum ein Anreiz für Verhandlungen mit der Zentralgewalt. Zwar hat der Einsatz der regulären Armee seit Anfang 2012 zu einer Reihe militärischer Rückschläge geführt, wie der gewaltsamen Vertreibung der FSA und affilierter Verbände aus revolutionären Zentren wie Hama und Homs. Allerdings bringt der Einsatz von schweren Waffen und Bombardements aus der Luft gegen die Rebellen auch eine erhöhte Zahl ziviler Opfer mit sich, was den Rebellen letztlich in die Hände spielen kann. Das Gros dieser Opfer entfällt derzeit nämlich auf die Bevölkerungsmehrheit der sunnitischen Araber, da diese Gruppe die Aufstandsbewegung dominiert und sich die schwersten Kämpfe derzeit auf sunnitischen Siedlungsgebiet abspielen. Da die meisten Soldaten in den regulären Einheiten der Armee ebenfalls sunnitische Araber sind, erhöht ihr Einsatz gegen die Zivilbevölkerung zugleich die Wahrscheinlichkeit von Desertionen. Mittelfristig, so das Kalkül der Aufständischen, könnte der Armee-Einsatz somit zu einer Relativierung des militärischen Übergewichts der Asad-Regierung führen. Mit ihrem Fokus auf die Eroberung der nördlichen Wirtschaftsmetropole Aleppo zielen die Rebellen genau auf die Schnittstelle zwischen der Asad-Clique und den sunnitischen Wirtschaftseliten.

lungen, die Ausbreitung einer landesweiten Oppositionsbewegung zu unterdrücken. Den kosmetischen Reformschritten wie z.B. der vorgeblichen Einführung eines Mehrparteiensystems durch eine im Februar 2012 per Referendum abgesegnete Verfassungsreform wird innerhalb Syriens kaum Glaubwürdigkeit zuerkannt. Asad kommt jedoch zugute, dass die regulären Streitkräfte weitgehend loyal zu ihm stehen. Damit unterscheidet sich die Situation in Syrien in diesem wichtigen Aspekt grundlegend von revolutionären Ereignissen in anderen arabischen Republiken. Die regulären Armeen in Ägypten und Tunesien etwa stellten sich auf die Seite der Opposition und erzwangen einen politischen Übergang.

geprägte Opposition weckt bei der urbanen Bevölkerung Erinnerungen an den Bürgerkrieg von 1979–82, der rasch den Charakter einer konfessionell zugespitzten Auseinandersetzung annahm. Solange sich kein umfassender militärischer Sieg einer Konfliktpartei abzeichnet, dürfte die Orientierung der urbanen Bevölkerung in Syrien von deren Wahrnehmung abhängen, was für eine zukünftige politische Ordnung eine Machtübernahme der oppositionellen Kräfte mit sich bringen würde. Das Anwachsen salafistisch-islamistischen Gedankenguts und die Akzeptanz ausländischer Kämpfer mit dschihadistischen Zielsetzungen in den Reihen des militärischen Widerstands werden von der Regierungspropaganda denn auch bewusst dazu genutzt, entsprechende Ängste unter der Bevölkerung zu schüren.

Teile der Rebellen sehen in der Verengung des Konflikts auf konfessionelle Gegensätze zwischen der rechtgläubigen sunnitischen Mehrheit und den regimetreuen Minderheiten – neben den Alawiten wären noch die Christen, Ismailiten und Drusen zu nennen – die Chance, eine innere Zersetzung der regulären Streitkräfte zu fördern. Allerdings laufen sie bei einer weiteren religiösen Zuspitzung und den damit wahrscheinlich einhergehenden Gräueltaten Gefahr, an Unterstützung in der Bevölkerung zu verlieren. Im Falle einer weiteren «Islamisierung» der Aufstandsbewegung droht zudem eine Abnahme westlicher Unterstützung, wobei man immerhin noch auf den Sukkurs der Golfaraber setzen könnte.

Asad verfügt demnach über ein erhebliches Übergewicht an Feuerkraft. Durch den Einsatz von Kampfflugzeugen und schweren Waffen vermag er weitere Geländegewinne der Aufständischen vorerst einzudämmen. Allein eine verstärkte Einmischung ausländischer Staaten könnte diese grundsätzliche Asymmetrie durchbrechen, entweder durch eine direkte militärische Intervention oder eine entsprechende Aufrüstung der FSA. Angesichts der Zurückhaltung westlicher Staaten und der Unterstützung Asads im UNO-Sicherheitsrat durch Russland und China scheinen solche Schritte aus Sicht der syrischen Führung gegenwärtig aber wenig wahrscheinlich.

Hinzu kommt, dass Asad keineswegs einem «Minderheiten-Regime» vorsteht, wie häufig argumentiert wird. Die Religionsgemeinschaft der Alawiten (etwa 12% der Bevölkerung), der auch die Familie Asads angehört, ist in Führungspositionen und gerade im Offizierskorps zwar fraglos überrepräsentiert. Dies ist jedoch vor allem auf die Herrschaftsform zurückzuführen, die auf Patronage und Klientelbeziehungen basiert. Die grosse Mehrheit der Alawiten hat hingegen kaum von Asad profitiert. Tatsächlich waren bisher wichtige Gruppierungen der sunnitisch-arabischen Bevölkerungsmehrheit, die etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung stellen, durchaus in das Asad-System integriert und wichtiger Bestandteil der Wirtschaftseliten der grossen Städte. Asad wird sich bemühen, zumindest Teile dieser Gruppierungen auf seiner Seite zu halten, was angesichts des Ausgreifens der Kämpfe auf die Wirtschaftsmetropolen und der sich

Die Opposition wird auf absehbare Zeit auch deshalb kaum Hand zu einer politischen Kompromisslösung bieten, weil sie intern tief gespalten ist und sich kaum auf relevante gemeinsame Eckwerte würde einigen können. Mit dem im August 2011 konstituierten Syrischen Nationalrat existiert zwar eine auch international

anerkannte Vertretung der Opposition. Dominiert von konservativ-islamischen Kräften, insbesondere der syrischen Sektion der Muslimbruderschaft, findet der Nationalrat aber weder durch säkulare und arabisch-nationalistische Teile der Opposition noch durch Repräsentanten der ethnischen und religiösen Minderheiten Anerkennung. Gerade die fehlende Beteiligung der Minderheiten wiegt hinsichtlich einer angestrebten Verhandlungslösung schwer. Die fehlende Einheit der Opposition wird zusätzlich verstärkt durch die Involvierung externer Akteure. Westliche Staaten, aber auch die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und Libyen unterstützen ideologisch jeweils nahestehende Gruppierungen innerhalb der Opposition, was eine übergeordnete Koordination der vielfältigen Strömungen und politischen Richtungen zusätzlich erschwert.

Auch auf militärischer Ebene zeigen sich die Aufständischen zersplittert. Die FSA, bis vor Kurzem noch aus der Türkei operierend, bestimmt nur nominell die militärische Strategie der Aufständischen. Auf lokaler Ebene ergibt sich meist eine temporäre Koordination weitgehend selbständig operierender Freischärler-Gruppen durch ad hoc gebildete Militärräte. Dass all diese Gruppen ihre Waffen niederlegen würden, ohne dass das Asad-Regime gestürzt ist und andere Ziele erfüllt sind, ist kaum mehr denkbar.

Szenarien des Bürgerkriegs

Die Voraussetzungen für eine von aussen vermittelte Lösung nach jemenitischem Muster, d.h. für die Bildung einer Einheitsregierung und die Rückverlagerung der Auseinandersetzungen auf die politische Ebene, sind in Syrien derzeit nicht gegeben. Ohne eine Intervention von aussen ist somit für die Zukunft mit einer Intensivierung der militärischen Konfrontation zu rechnen. Viele Beobachter rechnen denn auch mit einem jahrelangen Abnutzungskrieg ohne wirklichen Sieger nach dem Muster des libanesischen Bürgerkriegs der 1970er und 1980er Jahre. Allerdings lassen die geo- und demographischen Gegebenheiten Syriens auch ein anderes Szenario denkbar erscheinen.

Zwar wirkt sich auf dem Schlachtfeld gegenwärtig die überlegene Feuerkraft der syrischen Armee und Luftwaffe stark aus. Die Kontrolle der ländlichen Regionen durch die Aufständischen hat jedoch dazu geführt, dass die Nachschublinien für die Regierungstruppen in die nördlichen Städte, gerade nach Aleppo, fast vollständig unterbrochen sind. Die Kampfkraft und Zuverlässigkeit der dortigen regulären Streit-

Die Schweiz und der Syrienkonflikt

- Mit humanitärer Hilfe in der Höhe von CHF 13 Mio. gehört die Schweiz 2012 zu den 10 grössten Geberländern im Syrienkonflikt. Sie unterstützt v.a. Hilfsorganisationen; Direktaktionen leistet die DEZA nur in Nachbarländern (Flüchtlingshilfe).
- Im Mai 2011 beschloss der Bundesrat Sanktionen gegen Syrien, diese wurden in der Zwischenzeit analog zur EU mehrmals verschärft. Momentan sind geschätzte CHF 70 Mio. an syrischen Geldern in der Schweiz blockiert.
- Zwei Angehörige der Schweizer Armee nahmen an der UNO-Beobachtermission in Syrien teil, die im August 2012 abgebrochen wurde.
- Die Schweiz unterstützte ein Treffen von syrischen Oppositionellen in Berlin mit CHF 50'000, was innenpolitisch eine Diskussion bezüglich ihrer Neutralität und ihrer Glaubwürdigkeit als potenzielle Konfliktvermittlerin auslöste. Eine Interpellation im Parlament zu diesem Thema ist hängig. [↗](#)
- Zwischen 2004 und 2006 moderierte die Schweiz geheime Track-II-Friedensverhandlungen zwischen Syrien und Israel im Hotel Bellevue in Bern.

kräfte nimmt tendenziell ab. Sollte die Regierung letztlich gezwungen sein, Aleppo aufzugeben, hätte dies wohl den Verlust der Kontrolle über den gesamten Norden und Osten Syriens zur Folge. Im Anschluss würde unmittelbar eine Unterbrechung der Verbindung zwischen den Küstenprovinzen und der Hauptstadt Damaskus drohen. Eine solche Niederlage würde sich fraglos auf das Kalkül der gegenwärtig noch regimetreuen Militärführer auswirken. In diesem Fall wäre wohl mit einem raschen Anstieg der bislang noch überschaubaren Desertionen aus den oberen Rängen der Herrschaftsstruktur zu rechnen.

Eine Auflösung der regulären Streitkräfte bzw. deren Teilung entlang konfessioneller Linien liesse allerdings einen loyalen Kern regimetreuer, alawitisch dominierter Truppenteile wie der Republikanischen Garden oder der berühmten Schabbiha-Milizen übrig. Auch in diesem Fall wäre mit einer erbitterten Fortsetzung der Feindseligkeiten zu rechnen, wäre es aus Sicht der nationalen Minderheiten doch letztlich ein Kampf ums physische Überleben. Die für eine solche Entwicklung bisweilen vorausgesagte Abspaltung eines eigenen Alawitenstaats, bestehend aus den traditionellen Siedlungsgebieten in den Küstenprovinzen, ist hingegen kaum zu erwarten. Weder wäre eine solche Sezession durchsetzbar, noch liesse sie sich mit der bei den meisten Beteiligten weiterhin handlungsleitend wirkenden syrischen Nationalidentität vereinbaren. Die syrische Zivilgesellschaft ist bemüht, den nationalen Einheitsgedanken zu bewahren und einer eventuellen späteren Vergeltung gegenüber den Alawiten und anderen Minderheiten vorzubeugen. So soll auch der Minderheitenschutz zu einem zentralen Bestandteil einer möglichen Nachfolgeordnung werden. Inwieweit eine nationale Versöhnung im Anschluss an ein Ende der militärischen Auseinandersetzung

möglich ist, hängt massgeblich vom weiteren Verlauf des Bürgerkriegs und dem Ausmass an interkonfessioneller Eskalation ab.

Ohnmächtige UNO, kriegsmüder Westen

Die Involvierung des Auslands hat bislang keine Annäherung der Konfliktparteien herbeiführen können. Teilweise hat sie sogar konfliktverschärfend gewirkt. Versuche internationaler Organisationen, eine verhandelte Regulierung des Konflikts herbeizuführen, scheiterten an der Kompromissunfähigkeit der Kriegsparteien, aber auch an der Uneinigkeit der Staatenwelt. Vermittlungsbemühungen und Friedenspläne des Sondergesandten der UNO und der Arabischen Liga, Kofi Annan, und seines Nachfolgers Lakhdar Brahimi blieben erfolglos. Die derzeitigen Bemühungen im Rahmen der UNO, doch noch einen politischen Übergang in Damaskus einzuleiten, sind wohl ebenfalls aussichtslos.

Auf der weltpolitischen Bühne zeichnet sich keine Annäherung der Positionen ab. Westliche Staaten und auch die Golfaraber plädieren zwar für die Bildung einer Übergangsbildung (Grundlage ist die Genfer Übereinkunft der Syrien-Aktionsgruppe vom Juni 2012). Sie bestehen aber auf den Machtverzicht Asads, was für Moskau eine inakzeptable Vorbedingung darstellt. Russland ist langjähriger Verbündeter der Asad-Regierung und unterhält zudem einen (inzwischen evakuierten) Marinestützpunkt an der syrischen Mittelmeerküste. Russlands, aber auch Chinas, Vetomacht verhindert das Zustandekommen einer weitergehenden Resolution des UNO-Sicherheitsrats. Zusätzliche UNO-Sanktionen gegen die syrische Zentralregierung oder gar die Legitimation einer militärischen Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung sind angesichts dieser Ausgangslage kaum zu erwarten.

Zudem muss konstatiert werden, dass aufseiten der westlichen Staaten kaum die Bereitschaft zu einer Militärintervention vorhanden ist. Die verfahrenere Situation am Boden, die Zersplitterung der Opposition, aber auch die verbliebene militärische Kraft der syrischen Streitkräfte, insbesondere der Luftverteidigung, lassen einen Waffengang allzu riskant erscheinen. Hinzu kommt die wachsende Kriegsmüdigkeit in den westlichen Staaten. Zwar ist nicht auszuschliessen, dass es im Fall eines langandauernden Konflikts analog zum Bosnienkonflikt zu einer schleichenden Intervention westlicher Staaten kommt, beginnend mit der Einrichtung von Flugverbots- und Schutzzonen. In den USA, ohne die eine Militärintervention in Syrien nicht durchführbar wäre, ist die innenpolitische Unterstützung für weitere Abenteuer in Nahost auf absehbare Zeit jedoch kaum gegeben. Auch wenn im Anschluss an die US-Präsidentschaftswahl mit einer erweiterten amerikanischen Handlungsbereitschaft in der Syrienfrage zu rechnen ist, wird diese vorerst kaum über eine grössere logistische Unterstützung für den militärischen Widerstand hinausgehen. Washingtons jüngste Bemühungen, der Fragmentierung der Opposition entgegenzuwirken und die Gründung einer glaubwürdigeren Vertretung für die verschiedenen Gruppierungen zu unterstützen, zielen denn auch in diese Richtung.

Regionaler Stellvertreterkrieg

Die Uneinigkeit bezüglich Syriens im globalen Rahmen bildet sich auch auf regionaler Ebene ab. Wie bereits mehrfach in der modernen Geschichte des Nahen Ostens ist Syrien zu einem zentralen Austragungsort im Ringen um die Vormacht zwischen verschiedenen regionalen Akteuren geworden. Der Konflikt in Syrien trägt denn auch zusehends Züge eines Stellvertreterkriegs. Die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und das neue Libyen drängen auf eine Ablösung Asads und unterstützen die Aufständischen offen mit Geld und Waffen. Iran hält dagegen an seiner Allianz mit Damaskus fest und leistet Unterstützung für die Asad-Regierung. Einzig die neue ägyptische Führung unter Präsident Mursi bemüht sich ernsthaft um eine Regulierung des Konflikts auf regionaler Ebene, doch verweigert sich insbesondere Saudi-Arabien diesen Bemühungen.

Die Golfaraber sehen offenbar keine Möglichkeit zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts und setzen einseitig auf einen gewaltsamen Machtwechsel in Syrien. Katar und vor allem Saudi-Arabien sehen den Konflikt zudem als neues Schlachtfeld in

einer gesamtregionalen Konfrontation zwischen Sunniten und Schiiten, Letztere unter Führung Irans. Mit ihrer Unterstützung salafistisch-islamistischer Kampfgruppen heizen die Golfaraber die Eskalation zwischen den Konfessionen in Syrien an und tragen bewusst zur Transformation des Konflikts in eine Art Religionskrieg bei. Sie ignorieren dabei allerdings die tatsächliche, vor allem machtpolitisch begründete Rason hinter der Allianz zwischen Iran mit seiner religiös basierten Herrschaftsstruktur und der laizistischen Baath-Regierung in Syrien.

Eine direkte militärische Intervention arabischer Staaten oder Irans ist aufgrund der fehlenden militärischen Kapazitäten und der politischen Folgen unwahrscheinlich. Auch das vieldiskutierte Szenario einer israelischen Intervention zur Sicherung der syrischen Chemiewaffenbestände scheint wenig realistisch. Eine solche Operation ist militärisch kaum umsetzbar und wäre für Israel mit Risiken verbunden, die wohl einiges grösser wären als eine Bedrohung infolge einer Proliferation chemischer Kampfstoffe. Nicht auszuschliessen ist hingegen eine Militärintervention durch die Türkei.

Aus der Perspektive der regionalen Ordnung der Nahostregion gehört die Türkei zu den grössten Verlierern des Syrienkonflikts. Lange Zeit galt sie als eigentliche Gewinnerin des «arabischen Erwachens», wurde sie doch als Vorbild für die Formierung neuer gesellschaftlicher und politischer Ordnungen in den post-revolutionären arabischen Staaten betrachtet. Der Bürgerkrieg in Syrien hat die herausgehobene Stellung der Türkei jedoch stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Zuge der Auseinandersetzungen in Syrien sind fast alle Vorteile der türkischen Nachbarschaftspolitik («zero problems») der vergangenen Jahre wieder verloren gegangen. Die vormals engen Beziehungen von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan zur Führung um Asad sind inzwischen verbitterter Feindschaft gewichen. Angesichts der Kampfhandlungen sind die türkischen Pläne zur wirtschaftlichen Integration mit den arabischen Nachbarn im Süden – auch

hier stand das Verhältnis zu Syrien im Mittelpunkt – vorerst ad acta gelegt.

Die türkische Sicherheitslage hat sich aufgrund des Konflikts rapide verschlechtert. Aus türkischer Sicht drohen ein Zusammenbruch der syrischen Staatsstruktur und die Entstehung eines gescheiterten Staats entlang der eigenen Südgrenze und in der Zukunft womöglich die Destabilisierung Libanons und des Iraks. Zudem hat Asad die türkische Einmischung mit dem Anheizen des Kurdenkonflikts in der Türkei beantwortet – der Rückzug der syrischen Staatsmacht aus den kurdischen Siedlungsgebieten an der Grenze ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Aus türkischer Sicht stellt ein langgezogener Bürgerkrieg in Syrien somit eine grundsätzliche Bedrohung der nationalen Sicherheit und der eigenen regionalen Stellung dar.

Trotz einiger Grenzzwischenfälle und dem Abschuss eines türkischen Kampfflugzeugs im Juni 2012 hat sich die Türkei im Syrienkonflikt bisher zurückgehalten. Auch für sie wären die Folgen eines militärischen Eingreifens unabsehbar. Die Verlegung starker Kampfverbände nach Süden und die Autorisierung eines militärischen Vorgehens durch das türkische Parlament illustrieren jedoch, dass Erdoğan eine Intervention ernsthaft in Erwägung zieht. Welche Erwartungen die Türkei an die NATO richten würde, falls sie einen Militäreinsatz für notwendig erachten sollte, bleibt vorderhand offen. Das weitere türkische Vorgehen wird stark vom Verlauf des Bürgerkriegs abhängen. Dabei wird für Ankara wie für alle Akteure des syrischen Bürgerkriegs der Ausgang der Schlacht um Aleppo von grosser Bedeutung sein.

Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:
Roland Popp, popp@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: Zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs